

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 02/16



GRÜNES IN UND FÜR OBERHAUSEN

GEFLÜCHTETE
Gewalt-
schutzkonzept

STANDPUNKT
Brust rein?
Brust raus!

ENERGIE
RWE-Aktien im
Besitz der Stadt

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
OBERHAUSEN



GRÜN IST LILA

www.gruen-ist-lila.de

Wir müssen mal reden.

Über Feminismus. Unsere Rechte.
In jedem Lebensbereich.
Und du bist kein_e Zuschauer_in.
Du spielst die Hauptrolle.
Denn es geht hier um dein Leben.
Deine Gesellschaft.



Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite BlattGRÜN-Ausgabe in diesem Jahr hält einen bunten Themenstrauß für Sie bereit. Neben Neuigkeiten aus der Fraktion, geht es um den Wertverlust der RWE-Aktien und was das für die Stadt Oberhausen bedeuten könnte.

Eva Kauenhowen beschäftigt sich mit dem Thema „Stillen in der Öffentlichkeit“ und zeigt auf, wie noch immer diskriminiert wird. Weiterhin widmet sie sich dem Gewaltschutzkonzept für Geflüchtete in Oberhausen, dessen Zustandekommen die GRÜNEN politisch initiierten.

Andreas Blanke und Steffi Opitz berichten über ihre Vorstellungen zum seniorengerechten Wohnen in Oberhausen. Unsere sozialpolitische Sprecherin geht dies allgemein an, während unser Fraktionsvize GRÜNE Ideen am Beispiel Louise-Schroeder-Heim verdeutlicht.

Seit letztem März gehören Sebastian Girrullis und ich dem geschäftsführenden Vorstand des GRÜNEN Oberhausener Kreisverbandes an. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und stelle mich Ihnen auf Seite 11 als Vorstandssprecherin vor.



Viel Spaß beim Lesen wünscht

Heike Laß (Vorstandssprecherin)

Foto: Armin Röpell



- 3 editorial**
- 4 aus der fraktion**
Bezirksvertretung Alt-Ob, Gleichstellung, Flüchtlingsbeauftragte
- 6 seniorengerechtes wohnen**
Schwerpunkt: Lebensqualität
- 7 standpunkt**
Stillen in der Öffentlichkeit
- 8 rückspiegel**
„Kampf um die Armut“
- 9 energie**
RWE-Aktien
- 10 kreisverband**
Gewaltschutzkonzept
- 11 kreisverband**
Vorstandssprecherin Heike Laß



Bezirksvertretung Alt-Oberhausen

Nach dem Ausscheiden des GRÜNEN stellvertretenden Bezirksbürgermeisters Ertekin Aksünger übernimmt Andreas Blanke das Mandat in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen. „Ich nehme die neue Aufgabe gerne an und freue mich auf die enge Zusammenarbeit mit unserer Fraktionssprecherin Heike Laß“, erklärt Blanke.

Zur Arbeit in der Bezirksvertretung gehören auch die sogenannten Baumbereisungen. Bei diesen wird entschieden, was stehen bleiben darf und was gefällt wird. „Dem Schutz der Bäume, auch in diesem Stadtteil, widme ich ein ganz besonderes Augenmerk“, sagt Blanke, der Baumfällungspläne kritisch begleiten und somit einem ur-grünen Thema nachkommen will. Auch den Kontakt zu den zahlreichen Bürger*innenvereinen im Stadtteil will Andreas Blanke pflegen. „Mir ist wichtig, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mitgenommen und gehört werden.“ Dem gelernten Einzelhandelskaufmann

und Handelsfachwirt liegt ebenso viel an der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und damit verbunden der Aufwertung des Einzelhandels. „In diesem Zusammenhang ist ein enger Kontakt mit dem City-Management unerlässlich“, so Blanke und stellt fest: „Oberhausen-Mitte hat mittlerweile einiges zu bieten, wie den Feierabendmarkt auf dem Saporoshje-Platz und das noch entstehende Vorzeigeprojekt des zukünftigen Jobcenters. Genau hier sehen wir Anknüpfungspunkte für unsere Ideen und Vorstellungen: Oberhausen soll nicht nur grüner werden, sondern auch bunt bleiben.“ (st)

Gleichstellung

Fraktionssprecherin Regina Wittmann stellte in ihrer Ratsrede im März eine zentrale Frage: Wo steht die Gleichstellung in Oberhausen und gibt es nennenswerte Fortschritte? Ihre Antwort fiel eindeutig aus: „Wir brauchen eine Priorisierung der Aufgaben. Wir brauchen die Identifizierung von strategischen Handlungsfeldern. Wir brauchen fundierte Analysen.“ Einen wichtigen Ansatzpunkt sehen die GRÜNEN im inhaltlichen Wandel der Arbeit im Gleichstellungsausschuss. Diese soll sich nicht hauptsächlich, wenn auch unbenommen wichtigen Nischenthemen annehmen, sondern einen breit angelegten Strukturprozess anstoßen.

Gleichstellungsarbeit unterliegt stets Querschnittsaufgaben. Diese berühren Bereiche von Sport und

Planung über Soziales und Jugend bis zur Kultur.

Gleichstellungsarbeit setzt sich sowohl für Frauen ein als auch für die Gleichstellung der Geschlechter. In unserer komplexen, ausdifferenzierten Gesellschaft gibt es etliche Felder in denen Männer den Frauen zwar nicht rechtlich, aber wie in der Elternzeit sozialisatorisch ungleich gestellt sind. Genau dieses Beispiel aber zeigt, dass es umgekehrt ebenso auf Frauen und ihren Stand in der Berufswelt angewendet werden kann.

Um die Gleichstellungsarbeit und -politik auf einen guten Weg zu bringen, plädieren die GRÜNEN für den Beitritt

Oberhausens zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“.

Inhaltlich bezieht sich die Charta grundsätzlich auf alle Bereiche des Lebens und auf alle Politikfelder, die je nach den lokalen Bedürfnissen und Erfordernissen auszuwählen und in den Gleichstellungs-Aktionsplan zu implementieren sind. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Gedanke der Partizipation. Diese betrifft einerseits die umfassende Einbeziehung von Frauen in die Entwicklung und Umsetzung lokaler und regionaler Politiken, wie auch andererseits die Einbeziehung aller relevanten Institutionen und Organisationen. (st)

Weitere Informationen:
www.rgre.de/pdf/charta_gleichstellung.pdf

Zu Gast: Die Flüchtlingsbeauftragte

Annette Gleibs, die Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Oberhausen, besuchte für ein Gespräch im Mai die GRÜNE Ratsfraktion. „Die Fortschreibung des ‚Handlungskonzepts Flüchtlinge in Oberhausen‘ ist ein Prozess, den wir stetig politisch begleiten“, so die sozialpolitische Sprecherin Steffi Opitz. „Da liegt es auf der Hand, dass uns interessiert, wie sich die Arbeit der Flüchtlingsbeauftragten nach dem ersten halben Jahr ihres Antritts gestaltet.“

Anschaulich beschrieb Annette Gleibs der Fraktion ihre Aufgaben, dabei ließ sie erkennen, welche viel Zeit in Anspruch nehmen und für welche bisher weniger übrigblieb. „Ich bin unter anderen die zentrale Ansprechpartnerin für externe und interne Belange, so dass bei mir beispielsweise etliche Rechtsfragen ankommen, die Menschen stellen, die mit Geflüchteten zu tun haben. Auch Bürgerbeschwerden gehören dazu – glücklicherweise gab es bisher davon nicht allzu viele.“ Insgesamt stellt sie fest, dass die Stadtgesellschaft ein großes Informationsbedürfnis zum Themenfeld Flüchtlinge hat. Ein schönes Zeichen für ein hohes Engagement.

Gewaltschutz

Aktuell liegt ihr Arbeitsschwerpunkt bei der Klärung von bestehenden beziehungsweise benötigten Bedarfen, Einsatzfeldern und Projekten. Die für sie anstehende Konzeption zum Gewaltschutz für Geflüchtete, welche die

GRÜNEN mit der Koalition voranbrachten, begrüßt sie, nicht zuletzt da diese in Oberhausen eher präventiven, denn deeskalierenden Charakter hat.

Paten gesucht

Die Flüchtlingsbeauftragte machte auch auf die Notwendigkeit der Alltagsbegleitung von Geflüchteten, die in privaten Wohnraum leben, aufmerksam. Dies gelänge gut durch Patenschaften, die in Oberhausen allerdings noch anwachsen sollten. „Wir setzen uns für die Initiierung einer Kampagne ein, die darauf abzielt“, erklärt Fraktionsvize Andreas Blanke. „Zur Integration gehört Kommunikation. Wenn diese in einem zwischenmenschlich freundlichen Klima stattfindet, umso besser.“

Steffi Opitz betont, dass der Fraktion daran gelegen ist, durch intensive inhaltliche Kooperation mit der Flüchtlingsbeauftragten das Handlungskonzept für Flüchtlinge vorzubringen und fortzuschreiben. Dazu gehört für die Sozialpolitikerin auch die Klärung,

wie in Oberhausen Geflüchtete, die sich noch im Asylverfahren befinden, in die Arbeitswelt integriert werden. „Es ist gut, dass nun Gemeinwohlarbeit Geflüchteten angeboten wird. Uns ist aber wichtig, dass sich diese nicht auf die Reinigung der Unterkünfte begrenzen soll. Daher sehen wir, die zurzeit noch in Prüfung befindliche Einbindung von Trägern als unerlässlich.“ Das sei ein praktischer Ansatz, geflüchtete Menschen freiwillig in Beschäftigung zu bringen. Foto/Text: (st)



v.l.n.r.: Fraktionsvize Andreas Blanke, Flüchtlingsbeauftragte Annette Gleibs und Steffi Opitz, Stadtverordnete.



Schwerpunkt: Lebensqualität

mationen und
- Aufbau eines Netzwerkes niedrigschwelliger Angebote.

Nicht die Wirtschaftlichkeit, sondern die Lebensqualität muss den Schwerpunkt kommunaler Pflegeplanung darstellen. Die Ausrichtung auf die traditionellen Einrichtungen darf nicht starr sein. Ein breites, differenziertes und vor allem flexibles Angebot für unterschiedliche Zielgruppen und unterschiedliche Bedarfsphasen ist zu entwickeln und weiterzuführen. Wir streben die Abkehr von den Großeinrichtungen vergangener Jahrzehnte an. Ältere und pflegebedürftige Menschen wünschen kleine, überschaubare Heimeinrichtungen. Diese müssen in den Stadtteilen integriert sein. Ein Angebot zur Ärzteversorgung, ein kleiner Bäcker, Apotheke und um das Nötigste fürs

tägliche Leben zu besorgen, müssen in einer Senior*inneneinrichtung implementiert sein. Somit bleiben die Selbstständigkeit und ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter erhalten.

Unser Ziel ist die Stärkung der Selbstständigkeit jeder/s Einzelnen, unabhängig vom Alter.

Wir fordern alternative Wohnformen, wie zum Beispiel Wohngemeinschaften, und mehrgeneratives Wohnen.

Aber auch baulich wollen wir innovativer denken: ökologische Bauweisen, unabhängige, regenerative Energie- und Wärmeversorgung wie Solarthermie und Regenwassernutzung müssen dabei forciert werden. Aber auch innerhalb der Wohnflächen muss beispielsweise durch bewegbare Zwischenwände der Bedarf flexibel angepasst werden können.

Steffi Opitz

Mit zunehmendem Alter ändert sich das Leben aller Menschen. Die Erhaltung der Selbstständigkeit hängt oftmals von vielen kleinen Unterstützungen ab. Hilfen werden benötigt im Haushalt, bei Besorgungen oder bei der Kommunikation mit Ämtern.

Unsere Politik richtet sich an den folgenden Zielen aus:

- Unterstützung der Angehörigen,
- verbesserte Abstimmung von helfenden Angeboten,
- angemessene und verständliche Infor-

Andreas Blanke, stellvertretender Fraktionssprecher und ASO-Aufsichtsrat, sieht in der Neukonzeption für das Louise-Schroeder-Heim in

Osterfeld eine erneute Chance. „Die städtische Einrichtung im ASO-Verbund kommt hier seiner Vorbildfunktion nach, wenn es darum geht, die Sanie-

rung und Erneuerung dieser in die Jahre gekommenen Einrichtung anzugehen. Ein Prozess, der sich über mehrere Jahre hinziehen wird, muss

jetzt auf den Weg gebracht werden.“ Neben einer innovativen, zeitgemäßen stationären Pflege kommt nach Ansicht Blankes auch der Aspekt des barrierefreien und seniorengerechten Wohnens eine bedeutsame Rolle zu. Vorbild könnte die positive Entwicklung des Elly-Heuss-Knapp-Quartiers sein. „Wenn wir es auch städtebaulich so hinbekommen, dieses Quartier an der Siepenstraße im Gesamtkonzept ‚soziale Stadt‘ zu integrieren und es mit ergänzenden, räumlichen Angeboten aufzuwerten, könnte es ein großer Wurf für den Stadtteil und für die dort lebenden Menschen werden. Wir sollten den Mut haben, hier etwas größer zu denken!“



**Größer denken:
Das Louise-Schroeder-Heim**

Brust rein? Brust raus!

Stillen in der Öffentlichkeit

Eine Frau wird im Prenzlauer Berg gebeten, ein Café zu verlassen, weil sie ihrem Baby die Brust gibt. Sie könnte einfach in ein anderes Café gehen, in dem Kinder und stillende Frauen willkommen sind. Stattdessen entschließt sie sich, eine Online-Petition für das Stillen in der Öffentlichkeit zu starten. Es ist nicht Ordnung, wenn Frauen ein Stück des öffentlichen Raumes genommen wird, nur weil sie Mütter geworden sind und stillen.

Dies ist kein Plädoyer für das Stillen. Ob eine Mutter stillt oder nicht, ist eine persönliche Entscheidung. Sie sollte sich mit ihrer Wahl wohlfühlen und sollte von ihrem sozialen Umfeld, aber auch von der Gesellschaft akzeptiert und unterstützt werden.

Entscheidet sich eine Frau dafür zu stillen, kann auch in einer egalitären Beziehung niemand diese Aufgabe für sie übernehmen. Es besteht zwar die Möglichkeit, abgepumpte Muttermilch zu füttern, aber auch dann passen viele die Ernährung auf das Stillen an und verzichten zum Beispiel auf Genussmittel oder versuchen Stress möglichst zu vermeiden. Zudem muss regelmäßig abgepumpt werden, um die Milchbildung aufrechtzuerhalten und einen Milchstau zu vermeiden. Da stellt sich die Frage: Sind eigentlich abpumpende Mütter in besagtem Café auch unerwünscht?

Zentral geht es in dieser Debatte um Gleichberechtigung und Sexismus. Für viele Paare, die sich bis dahin gleichberechtigt glaubten, verändert sich mit der Geburt eines Kindes das Gleichgewicht zwischen den Partnern*innen. In wenigen Fällen wird die Care-Arbeit

gleichmäßig aufgeteilt und die Elternzeit paritätisch genommen. Oft führen neben Rollenklischees auch äußere Einflüsse wie ein ungleiches Einkommen und mangelnde Kooperation der Arbeitgeber*innen dazu, dass mehr Frauen die Elternzeit in Anspruch nehmen. Damit ein Wiedereinstieg in den Beruf reibungslos funktioniert, ist es wichtig, dass Mütter sich nicht nur innerhalb der Eltern-Community bewegen, sondern soziale Kontakte außerhalb dieser Peergroup pflegen. Die Teilhabe am öffentlichen Leben ist ein wichtiger Faktor, um sozialer Isolation entgegenzuwirken und Frauen nicht nur auf ihre Mutterrolle zu reduzieren.

Es gibt Orte, die man mit einem Kind nicht besuchen kann, um dieses nicht zu gefährden, wie zum Beispiel Diskotheken oder laute Konzerte. Der willkürliche Ausschluss aus Teilbereichen der Öffentlichkeit, aufgrund der Tatsache, dass sie die Grundbedürfnisse ihres Kindes befriedigen, diskriminiert Eltern aber auf eine viel stärkere Weise, da hierbei nicht die Rücksicht auf und der Schutz des Kindes im Vordergrund stehen, sondern das subjektive Empfinden anderer Personen über sie gestellt wird.

Wir werden im Alltag ständig mit leicht bekleideten Brüsten konfrontiert, in der Werbung, in der Kunst, im Film, und brüskieren uns - zu Recht - über Facebooks „Nipplegate“. Dennoch stellt es für einige/viele ein Problem dar, wenn Frauen sich in der Öffentlichkeit entkleiden, um ihr Baby zu füttern. Es scheint einen unausgesprochenen



Foto: freedigitalphotos.net, T. Lehtinen

Konsens darüber zu geben, wann und wo nackte Brüste in welchem Kontext in Ordnung sind und in welchem Fall sie als störend empfunden werden. Wer nackte Brüste und das Stillen als anstößig oder unsittlich empfindet, objektifiziert damit die Frau und zeigt wenig Empathie. Es wäre schön, wenn es überall gemütliche Rückzugsecken für stillende Mütter gäbe. So manches Baby braucht Ruhe, um zu trinken und nicht jede Frau fühlt sich beim Stillen in der Öffentlichkeit wohl. Die Nahrungsaufnahme auf einer öffentlichen Toilette kann keine ernsthafte Option sein. Wer will schon auf dem Klo essen?

Die Entscheidung sollte aber immer bei der Frau liegen: Wenn es für sie kein Problem ist, ihrem Kind bei einem Gespräch im Café, in einer öffentlichen Bibliothek oder in der U-Bahn die Brust zu geben, dann ist es anmaßend, ihr dies zu verwehren. Sollte das durch ein Gesetz geregelt werden? Ich glaube nicht, dass eine Regulierung allein die Akzeptanz in der Gesellschaft ändern kann. Damit ein Umdenken erfolgt, müssen wir darüber reden und öffentlich machen, wenn es Probleme gibt. Nur über den Diskurs kommen wir zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, in der stillende Frauen nicht diskriminiert werden.

Eva Kauenhowen

„Kampf um die Armut“

Lesung mit Ulrich Schneider und Stefan Sell

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, stellt einen Wandel des Armutsbegriffs fest, der nicht den Gegebenheiten in Deutschland entspricht. Denn nicht nur Flaschensammeln und unter Brücken schlafen sei Armut. Seiner Ansicht nach trifft es auch nicht zu, wie gern behauptet wird, dass Hartz IV und Grund-sicherung Armut bekämpfen.

„Der Paritätische würde unlauter skandalisieren“, so erzählte Schneider bei einer Lesung Mitte Mai im Gdanska von den Unterstellungen des von ihm als neoliberal klassifizierten Mainstreams. Nachdenklichkeit würde zur Nörgelei erklärt, denn Altruismus und kritische Reflektion können dem Neoliberalismus gefährlich werden. „Wir lassen nicht zu, dass eine neue Sprache einzieht“, beschreibt er die Motivation seines herausgegebenen Buches „Kampf um die Armut“. (Westend, 2015, 208 S., 14,99 Euro) „Denn wer besitzt die Deutungshoheit über den Armutsbegriff?“

Das beantwortete Schneider an diesem Abend nicht allein. An seiner Seite: Stefan Sell, Ko-Autor und Professor für Volks- & Sozialwirtschaftslehre an der Hochschule Koblenz.

Sell erklärte auf der Veranstaltung, zu der die Oberhausener GRÜNEN und der Paritätische einluden, warum er seinem Buch-Beitrag den scheinbar sperrigen Titel „Das ist keine Armut, sondern »nur« Ungleichheit?“ verlieh. Mittlerweile, so Sell, sei Kritik an sozialer Ungleichheit aus dem volkswirtschaftlichen Bereich vernehmbar, die deutlicher trifft. Armut sei ein Teilbereich der sozialen Ungleichheit, von der in Deutschland nicht nur zehn, sondern vierzig Prozent der Bevölkerung betroffen sind. Denn auch jene, die knapp



v.l.n.r.: Ulrich Schneider, Peter Jötten (beide Paritätischer), Stefan Sell und Andreas Blanke

über Hartz IV liegen, dürfen keinesfalls durch den Wandel des Armutsbegriffs ausgeklammert werden. Ulrich Schneider verdeutlichte dies eindringlich am Beispiel des Abiturballs seiner Kinder. 60 Euro koste der Eintritt pro Person, da sei die nur dafür angeschaffte Kleidung nicht miteingerechnet. Er kennt Eltern, die sich für diesen teuren Abend verschuldeten, weil solch eine Extra-Ausgabe einfach nicht drin sei.

Zusammenhang zwischen Bildung und Armut

Eingangs begrüßte der GRÜNE Fraktionsvize Andreas Blanke die Anwesenden, indem er den Zusammenhang zwischen Bildung und Armut betonte. Als skandalös bezeichnete er, dass Armut in einem reichen Land wie Deutschland oftmals „vererbt wird“ und in diesem Zusammenhang von „bildungsfernen Schichten“ gesprochen wird. „Wenn

wir es nicht hinbekommen, dass Kinder die gleichen Chancen zum Beispiel im Bereich der frühkindlichen Bildung erhalten, ist der Weg leider oftmals für viele negativ vorprogrammiert. Kinderarmut, die auch in Oberhausen immer stärker wird, muss uns beschämen“, so Blanke weiter.

Der Kreis schloss sich, als Stefan Sell, aufgrund eines Plädoyers aus dem Publikum für kleinere Schulklassen und der damit vermutet einhergehenden Erhöhung der Chancengleichheit, das Beispiel Kanada heranzog. Dort würde die Schulleitung für jedes Kind, das beispielsweise einen Migrationshintergrund oder eine Behinderung habe, den siebenfachen Betrag erhalten. Sell fragte, ob dies auch in Essen-Katernberg vorstellbar wäre? „Machen Sie sich nichts vor. So wie unseres Schulsystem strukturiert ist, ist es nicht möglich, durch Bildung Armut tatsächlich zu bekämpfen.“

Foto/Text: (st)

RWE-Aktien im Besitz der Stadt

Verschlafene Energiewende gefährdet auch städtisches Vermögen

Der Wert der RWE-Aktien könnte uns als Bürger*innen gleichgültig sein – wenn in der Vergangenheit die Dividendenausschüttung nicht einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung des Verkehrsunternehmens STOAG geleistet hätte (s. Kasten unten links).

Schon seit längerem mehrten sich die Anzeichen, dass sich der Energiekonzern RWE in einer schweren Krise befindet. Symptome sind der Verkauf des RWE-eigenen Büroturms in Essen, Verkauf von Anteilen am Wasserversorger RWW und anderer Unternehmensteile, Entlassungswellen bei den Beschäftigten usw. Diese Krise ist selbstverschuldet: Als letzter, der großen Stromerzeuger in Deutschland, bemüht man sich um den Ausbau regenerativer Energien – wahrscheinlich zu spät, um in diesem Geschäftsfeld glaubwürdig zu sein und Gewinne zu machen. Gewinne lassen sich mit herkömmlichen „schmutzig“ erzeugtem Strom aus Atomkraft und Braunkohle längst nicht mehr realisieren. Mittlerweile wird Strom aus

regenerativen, dezentral hergestellten Quellen in solchem Umfang produziert, dass perspektivisch die Erzeugungskosten höher als die erzielbaren Preise sein werden. Und der Umstieg auf regenerative Stromerzeugungstechnologien und die Entwicklung von Speichertechnologien wurden verschlafen. Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Situation nimmt RWE eine Neugründung vor, die „Newco“. Dort sollen neue Geschäftsfelder angesiedelt werden. Doch sind diese so gewinnträchtig, dass sie die Verbindlichkeiten der „bad Bank“ RWE auffangen können? Zweifel sind angebracht.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass RWE, sollte der Atomausstiegkompromiss (Zwischen- und Endlagerung des Atomabfalls, ohne Rückbau der Atomkraftwerke) der Atomkommission zum Tragen kommen, die spätestens 2022 fällige Einzahlung des Milliardenbetrags in einen Fonds auf absehbare Zeit nicht wird bedienen können. Die Auffüllung des Fonds wird aber Vorrang vor einer Dividendenausschüttung haben, was auch für die Zukunft keine Gewinne für die Kommunen bringen dürfte. Für die weiteren ungelösten Probleme von RWE (s. Kasten unten rechts) sind darüber hinaus nicht ansatzweise Lösungen in Sicht. Was bedeutet dies für die Kommunen, die selbst oder wie in Oberhausen bei den Tochtergesellschaften Aktien besitzen? Sie müssen abwägen, ob sie weiterhin den Substanzverlust der Aktienwerte in Verbindung mit ausbleibenden Dividendenausschüttungen als zu großes Risiko für ihre eigene städtische

Situation betrachten. In vielen Städten des Ruhrgebietes werden zurzeit in den Kommunalparlamenten Überlegungen angestellt, die Aktienpakete bald zu verkaufen, bevor deren Wert noch weiter fällt. Vom Ökologischen hat die RWE AG durch ihre Geschäftspolitik gezeigt, dass sie auf Kosten der Umwelt und des Klimas nicht bereit ist, den Konzern in Richtung Nachhaltigkeit umzubauen.

Vattenfall, als großes schwedisches Stromerzeugungsunternehmen in Deutschland, trennt sich gegenwärtig aus ökologischen Gründen von allen Betriebsteilen, die mit fossilen Energieträgern Strom erzeugt haben. Grundlage hierfür sind die Pariser Abkommen zum Klimaschutz.

Auch in Oberhausen brauchen wir eine intensive Debatte darüber, sich sowohl aus ökologischen als auf finanziellen Gründen von RWE-Aktien zu verabschieden. Diese Debatte und die Möglichkeiten der Umsetzung anzuschließen, wird in den nächsten Monaten von hoher Bedeutung sein. Die GRÜNE Ratsfraktion ist hierzu bereit.

Foto/Text: Armin Röpell

Hätten Sie es gewusst?

- Wertberichtigung der RWE-Aktien (Stand 2013) Minus 81.160.000 Euro Verlust in der Jahresbilanz der Stadt wg. rückläufiger Aktienkurse
- Geplante Dividende für die STOAG für 2016: 1.430.000 Euro
- Dividende für die Vorzugsaktien bei der STOAG: 5.593,90 Euro
- Halbierung des Aktienkurses innerhalb eines Jahres
- Rückstufung von RWE durch die Ratingagentur „Moody“ auf Baa2, Ausblick negativ
- Rückstufung der Kreditwürdigkeit durch „Standard & Poor“ auf BBB (= hohes Risiko)

Hätten Sie es gewusst?

- Schuldenstand RWE Ende 2015: 28.000.000.000 Euro
- Voraussichtliche Einzahlung in den Fonds „Atomausstieg“: 6.000.000.000 Euro
- Unkalkulierbares Risiko: Pensionsfonds
- Unkalkulierbares Risiko: „Ewigkeitskosten Braunkohlereviere“ (mind. 500.000.000 Euro)
- Unkalkulierbares Risiko: Strompreisentwicklung
- Unkalkulierbares Risiko: Rückbau der AKWs nach deren Auslaufen

Gewaltschutzkonzept für Geflüchtete

In Oberhausen leben viele Frauen und Mädchen, die aufgrund von Kriegen, Terror und Verfolgung aus ihren Heimatländern flüchten mussten. Neben der Unterdrückung und Verfolgung aus politischen oder religiösen Gründen betreffen sie auch geschlechtsspezifische Fluchtursachen, wie Witwenverbrennung, Vergewaltigung oder genitale Verstümmelung.

In Bürgerkriegen zählen Vergewaltigungen als Machtdemonstration vielfach zur Kriegsstrategie. Viele der geflüchteten Frauen und Mädchen wurden in ihren Heimatländern oder auf der Flucht Opfer von (sexualisierter) Gewalt oder waren einer ständigen Bedrohung ausgesetzt.

Menschen, die bereits Opfer von Gewalt geworden sind, laufen besonders Gefahr, Gewalt zu erfahren. Diese besondere Vulnerabilität von Frauen und Mädchen sowie von Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden, muss bei der Unterbringung Geflüchteter berücksichtigt werden. Als Aufnahmestaat steht Deutschland menschenrechtlich in der Pflicht, Schutz effektiv zu gewährleisten und Sorge dafür zu tragen, dass sich die Gewaltspirale nicht weiter fortsetzt. Die Istanbul-Konvention über die „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ muss auch innerhalb von Gemeinschaftsunterbringungen für Geflüchtete umgesetzt werden.

Bereits im Oktober des vergangenen Jahres hat der GRÜNE Bundesfrauenrat eine Resolution verabschiedet, die Schutz für geflüchtete Frauen und

Mädchen fordert. Die Bundesregierung hat es bislang versäumt zu handeln und einheitliche Mindeststandards zu entwickeln. Deshalb haben wir GRÜNE in Oberhausen die Forderung in den Rat eingebracht, ein Gewaltschutzkonzept zu erstellen, das sich mit der Lebenssituation von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften befasst. Konkret geht es um die räumliche Gestaltung der Unterkünfte, die Sensibilisierung der Mitarbeitenden in den Unterkünften und den Ausbau von Unterstützungsstrukturen vor Ort. In Gemeinschaftsunterkünften leben viele Menschen auf engstem Raum, wodurch potenzielle Gefährdungssituationen entstehen. Hier müssen Angsträume vermieden und Übergriffe verhindert werden, insbesondere im Bereich der sanitären Einrichtungen. Waschräume müssen abschließbar sein und bei Nacht darf kein Gang über einen uneinsichtigen Hof oder Flur nötig sein, um sie zu erreichen.

Das Problembewusstsein der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden soll geschärft werden, sodass Gefährdungssituationen und mögliche Traumata schnell erkannt werden. Feste Ansprechpersonen können Vertrauen schaffen und die Bereitschaft Hilfsangebote anzunehmen erhöhen. Im Falle eines Übergriffs müssen diese Personen weitere Schritte einleiten, um die Rechte der Betroffenen zu wahren. Frauen und Mädchen sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*- und Inter*-Menschen (LSBTI*) müssen über ihre Rechte und über regionale Unterstützungsangebote aufgeklärt werden, ohne dass sie durch diese Aufklärung

ein Zwangsouting erfahren. Eine enge Zusammenarbeit mit Frauenberatungsstellen und anderen Hilfsstrukturen ist notwendig, sodass auch nach einem Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft Beratungsangebote präsent sind. Damit Frauen und Mädchen ihre Rechte wahrnehmen können, ist es wichtig, neben der Aufklärung in den Unterkünften, Strukturen zu schaffen, die sie in ihrer Selbstständigkeit fördern. Sprachvermittlung hat Priorität, damit Barrieren abgeschafft werden und sie frei über ihr Lebensmodell entscheiden können. Wir fordern eine Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Sprach- und Integrationskurse, um Frauen und Mädchen den Zugang zu vereinfachen und ihre Teilnahme zu forcieren.



Den Beitrag verfasste die Oberhausenerin Eva Kauenhowen. Sie ist Delegierte im GRÜNEN Bundesfrauenrat sowie Sprecherin der Landesarbeitsgruppe Frauen.

Da ich nun schon seit mehr als zwölf Jahren Politik für die GRÜNEN in Oberhausen mache, wird die eine oder der andere mich kennen. Ich war zehn Jahre lang hauptamtlich Fraktionsreferentin bei den GRÜNEN im Rat in Oberhausen und bin seit vielen Jahren Bezirksvertreterin für Alt-Oberhausen.

Seit März dieses Jahres bin ich die neue Sprecherin des GRÜNEN Kreisverbands Oberhausen und gehe diese neue Aufgabe mit Freude und Spannung an. Es gibt viel zu tun! Ein wichtiges Anliegen ist mir, neue Mitglieder für den Kreisverband zu werben und Menschen für kommunalpolitische Arbeit zu be-

geistern. Mit neuen aktiven Mitgliedern könnte sich sowohl der Kreisverband als auch die Fraktion auf eine breitere Basis von Mitwirkenden stützen, um so noch effektiver in und für Oberhausen zu arbeiten.

Im nächsten Jahr stehen außerdem zwei große Wahlkämpfe an: Die Landtags- und Bundestagswahl müssen gestemmt werden. Für ein möglichst gutes Ergebnis der GRÜNEN werden wir in Oberhausen kämpfen und ich freue mich darauf, den Oberhausener Bürgerinnen und Bürgern GRÜNE Politik als echte Alternative nahezubringen. Außerdem werden wir in der nächsten Zeit im Kreisvorstand einige Formate entwickeln, die es den Mitgliedern und



Sympathisierenden möglich machen, aktiv und meinungsbildend an unserer Politik in Oberhausen teilzuhaben. Ich freue mich auf zwei ereignisreiche Jahre GRÜNE Politik in unserer Stadt.

Heike Laß

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN**
Ausgabe 02/2016

Herausgeber:
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19,
46045 Oberhausen, S. 1, 3-9
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 10-12

V.i.S.d.P.:
Stefanie Schadt (st)

Redaktion:
Andreas Blanke (ab), Eva Kauenhowen
(ek), Heike Laß (hl), Steffi Opitz (so),
Armin Röpell (rö)

Kontakt Redaktion:
E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax: 0208.82 02 9-80

Druck:
45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print compensated
Id-No. 1550379
www.bvdm-online.de



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen
oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden



NRW KLAGT GEGEN TIHANGE & DOEL

STRAHLUNG KENNT KEINE GRENZEN



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

OBERHAUSEN

